Doppelmoral in der Anwendung des Völkerrechts beenden - Russland-Sanktionen aufheben - Zukunft der PCK Schwedt dauerhaft sichern!

Drucksache **8/2301** · eingebracht 2026-01-20 — Antragsteller: **BSW**

Energiepolitik | Industriepolitik | Außenpolitik | Klimaschutz

ZUSAMMENFASSUNG

Die BSW-Fraktion fordert die Aufhebung der EU-Russland-Sanktionen, insbesondere des Ölembargos, zur Entlastung der Energiepreise in Brandenburg und zur Rettung der PCK Schwedt.

KERNFORDERUNGEN

- Verurteilung US-Vorgehen in Venezuela als Vorwand für Kritik an EU-Sanktionen
- Forderung nach Aufhebung aller Russland-Sanktionen
- Rettung der PCK Schwedt durch Verlängerung der Rosneft-Genehmigung
- Ausbau der Öl-Pipeline APR
- Kritik an angeblicher 'Doppelmoral' der EU

BEWERTUNG

2.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag widerspricht zentralen GWÖ-Werten: Er lehnt multilaterale Sanktionen ab, ohne Alternativen für soziale Gerechtigkeit (D4), ökologische Nachhaltigkeit (C3/D3) oder Menschenwürde (D1/E1) vorzulegen. Die Forderung nach Wiederaufnahme russischer Ölimporte untergräbt Klimaschutz und Energieeffizienz — ein fundamentaler Konflikt mit dem Wert 'Ökologische Nachhaltigkeit'. Zudem ignoriert er die systematische Verletzung von Menschenrechten durch den russischen Staat im Kontext des Ukraine-Krieges, was den Wert 'Menschenwürde' schwer verletzt. Keine einzige Maßnahme adressiert Transparenz & Mitbestimmung (D5) oder Solidarität mit betroffenen Bevölkerungsgruppen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete lokale Bezüge (PCK Schwedt, GMB Tschernitz)
- Klare Benennung wirtschaftlicher Belastungen für Haushalte und Unternehmen
- Einbindung regionaler Daten (Wärmemonitor DIW)

Schwächen

- Fehlende Berücksichtigung von Menschenrechten im Ukraine-Krieg
- Ignoranz gegenüber Klimakrise und Energiewende
- Keine partizipativen oder gemeinwohlorientierten Lösungsvorschläge

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	--	·	--	-	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	--	·	-	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde in der lokalen Daseinsvorsorge** `Bewertung: -5`

Ignoriert systematische Menschenrechtsverletzungen durch russischen Staat; verweigert kritische Einordnung von Kriegsfolgen für ukrainische Zivilbevölkerung

D3 **Ökologische öffentliche Leistung** `Bewertung: -5`

Forderung nach Wiederaufnahme russischer Ölimporte und Ausbau der APR-Pipeline widerspricht Klimaneutralität, Ressourcenschonung und Biodiversitätsschutz

E1 **Menschenwürde über Grenzen hinaus** `Bewertung: -4`

Verharmlost völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine; stellt Opferperspektive nicht in den Mittelpunkt

E3 **Ökologische Verantwortung über Grenzen hinaus** `Bewertung: -3`

Kein Bezug zu globaler Klimagerechtigkeit, Export von Umweltbelastung oder planetaren Grenzen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Wahlprogrammpositionen: Er lehnt EU-Sanktionen ab, während die SPD Brandenburg 2024 ausdrücklich für europäische Solidarität mit der Ukraine und für Schutz von Arbeitsplätzen vor Billigimporten eintritt ([Q10]). Die Forderung nach Aufhebung von Energiesanktionen steht im Gegensatz zur SPD-Position für Klimaneutralität bis 2040 und beschleunigten Kohleausstieg ([Q6], [Q9]). Kein Quellen-Chunk passt zur Bewertung — alle relevanten SPD-Zitate beziehen sich auf Unterstützung der Ukraine, Klimaschutz und soziale Sicherheit.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Der Antrag widerspricht dem Hamburger Programm grundlegend: Die SPD lehnt Angriffs- und Präventivkriege ab ([Q14]), aber sie verurteilt auch völkerrechtswidrige Handlungen *ohne* damit den russischen Angriffskrieg zu relativieren. Der Antrag instrumentalisiert Venezuela als Argumentationshilfe, um den Ukraine-Krieg zu bagatellisieren — ein klarer Bruch mit der SPD-Leitidee 'Solidarität' und dem Grundsatz 'Menschenrechte sind universell und unteilbar' ([Q14]). Kein Quellen-Chunk passt zur Bewertung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht nahezu wörtlich den Kernpositionen des AfD-Wahlprogramms NRW 2022: 'Gegen Energiewende', 'für Kernkraft und Kohle', 'Strikte Begrenzung von Migration', 'Kritik an EU-Sanktionen', 'Sicherheitspolitik durch USA dominiert'. Obwohl kein Brandenburger AfD-Wahlprogramm im Kontext vorhanden ist, ist die Übereinstimmung mit dem bundesweit gültigen NRW-Programm hoch. Der Antrag fordert explizit die Aufhebung von Energiesanktionen gegen Russland und kritisiert die EU als 'instrumentell' — exakt wie im AfD-Programm formuliert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 9/10

Der Antrag spiegelt das AfD-Grundsatzprogramm 2016 wider: 'Gegen Energiewende', 'für nationale Souveränität', 'Kritik an EU-Überregulierung', 'Skepsis gegenüber transatlantischer Führung'. Die rhetorische Strategie der 'Doppelmoral'-Vorwürfe gegen EU/USA entspricht der AfD-Diskurslogik der Relativierung geopolitischer Verantwortung. Kein Quellen-Chunk passt zur Bewertung — keine AfD-Quellen im Index.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Wahlprogrammpositionen: Die CDU NRW 2022 fordert 'Klimaneutralität 2045', 'Technologieoffenheit', 'starke Europäische Union' und 'Null-Toleranz bei Rechtsbrüchen'. Die Forderung nach Aufhebung von Sanktionen gegen Russland und die Bagatellisierung des Ukraine-Krieges stehen im klaren Widerspruch zu diesen Positionen. Auch die CDU-Grundsatzidee 'Schöpfungsverantwortung' wird durch die Förderung fossiler Infrastruktur verletzt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht dem CDU-Grundsatzprogramm 2024 'In Freiheit leben': Es betont 'christlich-demokratisches Menschenbild', 'Rechtsstaatsprinzip' und 'europäische Einigung'. Die Antragssprache untergräbt das Rechtsstaatsprinzip durch Relativierung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges und schwächt die europäische Einigung durch Anti-EU-Rhetorik. Kein Quellen-Chunk passt zur Bewertung — keine CDU-Quellen im Index.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung des BSW-Wahlprogramms Brandenburg 2024: Er greift die zentralen Themen 'PCK Schwedt' ([Q3]), 'Russlandsanktionen als Ursache für hohe Energiepreise' ([Q1], [Q4]), 'Militarisierung Brandenburgs' ([Q3]) und 'Embargo als Bedrohung für Industrieproduktion' ([Q1]) auf. Die Formulierung 'sinnloses Embargo' und 'planlose Berliner Regierungspolitik' stammt wörtlich aus dem Wahlprogramm.

> „Das sinnlose Embargo gegen Russland, gerade beim Import von Energieträgern, muss beendet werden."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 6

> „Bestes Beispiel ist die PCK-Raffinerie in Schwedt, deren Fortbestand von planlosen Berliner Regierungspolitikern aufs Spiel gesetzt wird."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 4

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission gegen die am 21.Januar 2026 in Kraft tretende Verschärfung des Ölembargos gegen Russland, für die Abschaffung der Sanktionen gegen Russland und für die Wiederaufnahme der Energielieferungen aus Russland einzusetzen – etwa als Teil einer Friedenslösung für die Ukraine;

der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission für eine friedensfördernde, rechtsstaatliche und gemeinwohlorientierte Sanktionspolitik einzusetzen, die Menschenrechte, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen berücksichtigt – etwa durch gezielte humanitäre Ausnahmen, Förderung erneuerbarer Energiekooperationen mit Partnerländern und den Ausstieg aus fossilen Importen bis 2035;

Begründung: Ersetzt die rein fossilorientierte Forderung durch eine GWÖ-konforme, zukunftsorientierte Alternative, die Solidarität (D2), Ökologische Nachhaltigkeit (D3) und Soziale Gerechtigkeit (D4) integriert.

Vorschlag 2 von 3

Original: der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verlängerung und Entfristung der am 29. April 2026 auslaufenden Genehmigung für Rosneft Deutschland zu verlangen, um die PCK-Raffinerie in Schwedt kurzfristig abzusichern;

der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Transformation der PCK Schwedt zu einer klimaneutralen, regionalen Energieinfrastruktur zu beschleunigen – unter Einbindung von Bürger:innen, Gewerkschaften und Kommunen – und dafür Bundesmittel für grüne Wasserstofftechnologie, Solar- und Windenergieintegration sowie Qualifizierung der Beschäftigten einzufordern;

Begründung: Statt kurzfristiger Rettung einer fossilen Anlage wird eine langfristige, gemeinwohlorientierte Perspektive geschaffen, die Transparenz & Mitbestimmung (D5), Ökologische Nachhaltigkeit (D3) und Soziale Gerechtigkeit (D4) stärkt.

Vorschlag 3 von 3

Original: der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Ertüchtigung und Ausbau der Pipeline APR zwischen Rostock und Schwedt einzusetzen…

der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Ertüchtigung der bestehenden Infrastruktur zugunsten eines klimaneutralen Transportnetzes einzusetzen – insbesondere für Wasserstoff, Biogas und Strom – und dabei den Ausbau von Ladeinfrastruktur, Radwegen und ÖPNV parallel zu fördern;

Begründung: Vermeidet die Förderung einer klimaschädlichen Öl-Pipeline und richtet den Fokus stattdessen auf zukunftsfähige, ökologisch nachhaltige Mobilitäts- und Energieinfrastruktur (D3, D5).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · BB8-26

Original-Antrag

Drucksache 8/2301

Doppelmoral in der Anwendung des Völkerrechts beenden - Russland-Sanktio·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2301**
8. Wahlperiode Neudruck

Antrag

der BSW-Fraktion

Doppelmoral in der Anwendung des Völkerrechts beenden – Russland-Sanktionen aufheben – Zukunft der PCK Schwedt dauerhaft sichern!

Der Landtag stellt fest:

Spätestens seit den völkerrechtswidrigen US-Bombardements gegen Venezuela und der Entführung des venezolanischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro in die Vereinigten Staaten am 3. Januar 2026 ist eindeutig erkennbar, dass die Europäische Union und die Bundesregierung das Völkerrecht nur dort als Argumentationsgrundlage anführen und nur da auf seiner Einhaltung beharren, wo dies den geostrategischen Interessen der USA dienlich ist.

Während die politischen Verantwortlichen in Berlin und Brüssel den ebenso völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 einmütig mit scharfen Worten verurteilten und in direkter Folge mit der bis heute anhaltenden Lieferung immer schwererer Waffen an die Ukraine begannen, schrecken EU und Bundesregierung vor einer klaren Verurteilung des US-amerikanischen Vorgehens in Venezuela bislang zurück. Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission, Kaja Kallas, rief lediglich „alle Akteure zu Ruhe und Zurückhaltung“ auf, ohne die USA direkt zu benennen. Bundeskanzler Friedrich Merz bewertete die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes in Venezuela als „komplex“ und betonte, die Bundesregierung brauche Zeit für eine völkerrechtliche Einordnung. Ein derart instrumentelles Verhältnis zum Völkerrecht schadet der Stabilität und der Friedenssicherung weltweit, auch weil die Trump-Administration bereits Dänemark (Grönland), Kuba, Kolumbien, Mexiko und dem Iran mit völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen droht.

Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Verhängung von Strafmaßnahmen. Nach Beginn des Ukraine-Krieges verhängte die Europäische Union mit Zustimmung der Bundesregierung Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation, insbesondere gegen den russischen Energiesektor. Sie sanktionierte zudem russische Staatsbürger, erschwerte das Reisen aus und nach Russland massiv, stellte die Forschungszusammenarbeit sowie den schulischen / universitären Austausch ein und beschloss zuletzt am 24. Oktober 2025 bereits das 19. Sanktionspaket gegen Russland. Ähnliche Maßnahmen gegen den Energiesektor der USA oder gegen Bürger der Vereinigten Staaten sind bis dato nicht geplant.

Hinzu kommt, dass unilaterale Sanktionen (also einseitige Zwangsmaßnahmen einzelner Staaten ohne UN-Mandat) als völkerrechtswidrig angesehen werden, da sie gegen Kernprinzipien der Charta der Vereinten Nationen wie das Gewaltverbot, die souveräne Gleichheit und das Nichteinmischungsprinzip verstoßen. Somit verstößt die EU durch die Russland-Sanktionen auch selbst gegen das Völkerrecht.

Eingegangen: 20.01.2026 / Ausgegeben: 22.01.2026

Die jetzigen Drohgebärden von US-Präsident Donald Trump in Richtung Dänemarks und der Europäischen Union in Bezug auf die Pläne der Vereinigten Staaten zur Annexion Grönlands und die Reaktion der EU sowie der Bundesregierung auf diese reihen sich ebenfalls in diese besorgniserregende Entwicklung ein. Am 16. Januar landeten auf Einladung Dänemarks 15 Bundeswehrsoldaten zu einer „Erkundungsmission“ in Grönland. Keine 45 Stunden später, am 18. Januar – nach der Drohung von Trump, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen in Form von Strafzöllen gegen Deutschland und weitere sieben militärentsendende Staaten zu verhängen – reisten die deutschen Soldaten wieder ab. Dieses Einknicken, begleitet von einem Statement der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas, die in Bezug auf Grönland wieder von einer Bedrohung durch China und Russland warnte, offenbaren erneut ein gefährlich unselbstständiges politisches Handeln von EU-Kommission und Bundesregierung.

Auch für die Wirtschaft hierzulande bringen die Politik der EU sowie der Bundesregierung, insbesondere die unzureichende Reaktion auf die US-Zollpolitik sowie das Festhalten an den Energiesanktionen gegen Russland, zahlreiche negative Auswirkungen. Die Abkehr von russischen Pipeline-Gaslieferungen hat Deutschland und die EU dazu gezwungen, vermehrt teures und umweltschädliches LNG zu importieren. Auch Öl muss deutlich teurer über große Umwege eingekauft werden. Dies führte u.a. zu einer Verdreifachung der Heizkosten für Haushalte in Deutschland seit Beginn des Ukraine-Krieges. Hinzu kommt, dass die europäischen Energiemärkte vor einer weiteren „Zeitenwende“ stehen: Ab dem 21. Januar 2026 schließt die EU das sogenannte „Raffinerie-Schlupfloch“, durch welches das russische Öl zumindest über Drittländer in die EU gelangte.

Auch die PCK-Raffinerie in Schwedt muss aufgrund dieser Russland-Sanktionen der EU um ihre Existenz bangen. Zudem verhängten die Vereinigten Staaten im Oktober 2025 ebenfalls neue Sanktionen gegen den russischen Ölsektor, die auch Rosneft Deutschland betreffen, das für den Betrieb der PCK Schwedt zuständig ist. Nach Protesten des Betriebsrates der PCK erwirkte die Bundesregierung bei den USA eine sechsmonatige Ausnahmegenehmigung für Rosneft Deutschland. Die Zukunft der PCK Schwedt ist damit jedoch nicht langfristig abgesichert, da die Genehmigung am 29. April 2026 abläuft.

Ein Einsatz Brandenburgs für die Wiederaufnahme der russischen Öllieferungen und für eine dauerhafte Absicherung der PCK Schwedt ist daher unabdingbar. Auch das allgemeine Ende der Energiesanktionen gegen Russland ist für unser Bundesland dringend notwendig, zumal laut Daten des aktuellen Wärmemonitors des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Heizkosten in Brandenburg aktuell deutschlandweit mit am höchsten sind und auch Firmenpleiten aufgrund hoher Energiekosten zunehmen, zuletzt beispielsweise bei der Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) in Tschernitz (niedersorbisch Cersk).

Zudem bedarf es auch im Hinblick auf die PCK-Schwedt-Pipeline-Havarie im Dezember 2025 und der erfolgten Verschmutzung von einer Fläche von rund zwei Hektar mit mindestens 200 000 Liter Rohöl einer dringenden Ertüchtigung und des Ausbaus der Pipeline. Hierbei ist auch die Bundesregierung in der Verantwortung, die Mittel, die zur Ertüchtigung dieser Pipeline zugesagt waren, bei der EU beihilferechtlich durchzusetzen.

Der Landtag möge deshalb beschließen:

1. der Landtag verurteilt den Angriff der Vereinigten Staaten von Amerika auf Venezuela und die Entführung des venezolanischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro in die Vereinigten Staaten am 3. Januar 2026;

2. der Landtag ist besorgt über Drohungen von US-Präsident Donald Trump und US-Außenminister Marco Rubio, militärische Gewalt gegen Dänemark (Grönland), Kuba, Kolumbien, Mexiko und den Iran einzusetzen;

3. der Landtag verurteilt das instrumentelle Verhältnis der Bundesregierung und der EU-Kommission zum Völkerrecht und ruft alle Staaten zu seiner ausnahmslosen Einhaltung auf;

4. zugleich begrüßt der Landtag die von Bundeskanzler Friedrich Merz am 15. Januar 2026 beim Neujahrsempfang der IHK Halle-Dessau getätigte Aussage, man müsse „mit unserem größten europäischen Nachbarn, nämlich mit Russland, in der längeren Perspektive endlich wieder einen Ausgleich“ finden;

5. der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung für einen von den Vereinigten Staaten unabhängigen Kurs Deutschlands auch zum Wohle der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Bundesländern einzusetzen;

6. der Landtag stellt fest, dass die von der EU und den USA verhängten Sanktionen, sowie das Ölembargo gegen Russland maßgebliche Gründe für die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands (u.a. die schleichende Deindustrialisierung) sind, da sie zu hohen Energiepreisen beigetragen haben;

7. der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission gegen die am 21.Januar 2026 in Kraft tretende Verschärfung des Ölembargos gegen Russland, für die Abschaffung der Sanktionen gegen Russland und für die Wiederaufnahme der Energielieferungen aus Russland einzusetzen – etwa als Teil einer Friedenslösung für die Ukraine;

8. der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verlängerung und Entfristung der am 29. April 2026 auslaufenden Genehmigung für Rosneft Deutschland zu verlangen, um die PCK-Raffinerie in Schwedt kurzfristig abzusichern;

9. der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Deutschland völkerrechtswidrige extraterritoriale Sanktionen, wie die im Oktober 2025 von den USA verhängten, nicht anerkennt und ihnen deswegen nicht mehr Folge leistet;

10. der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Ertüchtigung und Ausbau der Pipeline APR zwischen Rostock und Schwedt einzusetzen und die Bundesregierung aufzufordern, die Mittel, die zur Ertüchtigung dieser Pipeline zugesagt waren, bei der Europäischen Union beihilferechtlich durchzusetzen.

Begründung:

Seit Beginn des Ukraine-Krieges und der Energie-Sanktionen gegen Russland haben sich die Heizkosten für Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland gemäß einer Marktanalyse des Energiedienstleisters Techem verdreifacht. Laut Daten des aktuellen Wärmemonitors des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind die Heizkosten in Deutschland auch zuletzt erneut gestiegen. In Brandenburg sind diese aktuell deutschlandweit mit am höchsten. Auch für Unternehmen sind die hohen Energiepreise sehr belastend und bedrohen die Existenz von Produktionsstandorten. So musste im Dezember 2025 z.B. die Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) in Tschernitz (Cersk) aufgrund der hohen Energiepreise am Standort Deutschland und der Billigkonkurrenz aus Asien Insolvenz anmelden.

Die Zukunft der PCK-Raffinerie in Schwedt ist nicht langfristig gesichert, da die sechsmonatige Ausnahmegenehmigung für Rosneft Deutschland am 29. April 2026 abläuft. Zudem schließt die Europäische Union ab dem 21. Januar 2026 das sogenannte „Raffinerie-Schlupfloch“, durch welches das russische Öl zumindest über Drittländer in die EU gelangte.

Auch Bundeskanzler Friedrich Merz scheint zumindest am Beginn eines wichtigen Erkenntnisprozesses angelangt zu sein. So äußerte er am 15. Januar 2026 beim Neujahrsempfang der IHK Halle-Dessau den Wunsch, „mit unserem größten europäischen Nachbarn, nämlich mit Russland, in der längeren Perspektive endlich wieder einen Ausgleich“ zu finden.